

Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren juristischen Fachbüchern.

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie einen Auszug Ihres gewünschten JVP-Exemplars als Leseprobe.

Sie können die komplette Ausgabe jederzeit direkt „online“ unter **www.jvpegnitz.de**, per Fax oder Telefon bestellen.

Juristischer Verlag Pegnitz

Lohestraße 17

D - 91257 Pegnitz

Telefon: +49 - (0)9241 / 8091-0

Telefax: +49 - (0)9241 / 8091-21

E-Mail: info@jvpegnitz.de

Internet: <http://www.jvpegnitz.de>

Handbuch

für die Ausbildung und Praxis im Justizwachtmeisterdienst

Rechtsstand: März 2024

JSOG/Sicherheitsrecht

von Rainer Friedlein, RiAG Bayreuth

Zugangskontrollen und Waffenrecht

von Peter Pöhlmann, VorsRiLG Landshut

Ausweispapiere

von Hilmar Schelhorn,
Justizsicherheitshauptsekretär Bamberg

Zustellungsrecht

von Sven Schultze,
Justizverwaltungsamtsrat, OLG München
Ausbildungsleiter für den Gerichtsvollzieherdienst

Materielles Strafrecht

von Silvia Eger, Dipl.-RPflin (FH) Bay. Justizakademie Pegnitz

Formelles Strafrecht

von Petra Kunte, Dipl.-RPflin (FH) OLG München

Überblick über Gerichtsabteilungen AktO/AGO/Motivation

von Thomas Semba, Justizfachwirt, Hauptamtliche Lehrkraft an der
Bayerischen Justizakademie

Juristischer Verlag Pegnitz GmbH

Vorwort

Die bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften sehen sich neben den bisherigen Aufgabenbereichen zunehmend neuen und anspruchsvollen Herausforderungen gegenübergestellt. Diese erwachsen aus der rapiden und vielschichtigen Veränderung unserer Gesellschaft in den letzten Jahren. So stellen beispielsweise Terrorismus und Radikalisierung für unsere Justiz eine Problematik dar, auf die sich die Gerichtsbarkeit verstärkt und gezielt einstellen muss. Demzufolge bleibt es unausweichlich, Sicherheit und Ordnung in den Gerichtsgebäuden kontinuierlich auf den Prüfstand zu stellen und die Bemühungen, um deren Optimierung zu hinterfragen und zielgerichtet weiterhin zu intensivieren.

Zuständig für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung sind vornehmlich die Justizwachtmeister. Insbesondere durch die flächendeckende Durchführung allgemeiner Zugangskontrollen in allen Gerichtsgebäuden steigen sowohl die kommunikativen als auch die fachlichen Anforderungen an diese Berufsgruppe – in Ausbildung und Praxis!

Für ihre Aufgabenbereiche benötigen die Justizwachtmeister neben fundierten Kenntnissen ihrer konkreten Eingriffsrechte nach dem JSOG i.V.m. dem Polizeiaufgabengesetz (PAG) bzw. Strafvollzugsgesetz (StVollzG) auch Kenntnisse im Waffen-, Straf- und Zustellungsrecht und darüber hinaus auch die fachlichen Kompetenzen im Umgang mit den verschiedenen Ausweispapieren – **denn nur Rechtssicherheit schafft Handlungssicherheit!**

Dieses Handbuch erläutert die rechtlichen Grundlagen, auch anhand von Fallbeispielen, liefert praktische Tipps und veranschaulicht durch umfangreiches farbiges Bildmaterial. Es ist daher nicht nur für die Ausbildung, sondern auch für die Praxis ein wertvolles Nachschlagewerk. Die Ausführungen der Autoren stehen im Einklang mit diversen Handreichungen des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz (StMJ) zum Thema Sicherheit in Gerichtsgebäuden, sodass sichergestellt ist, dass die Lehrmeinung mit den Vorgaben des StMJ konform geht.

Ein besonderer Dank gilt allen in der Ausbildung tätigen Justizwachtmeistern für die vielfältigen Anregungen aus der Praxis, allen voran Herrn Uwe Vater, Herrn Hermann Praun und Herrn Michael Bernhard.

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

JSOG/Sicherheitsrecht

von Rainer Friedlein

A)	Einleitung	17
B)	Das JSOG (Hauptteil)	25
	Grundsätzliches	25
I.	Die Aufgabe bzw. Aufgabeneröffnung	29
1.	Die Bekanntmachung vom 02.02.2009	29
2.	Gesetz über die sicherheits- und ordnungsrechtlichen Befugnisse der Justizbediensteten (JSOG).....	30
3.	Der Aufgabeninhalt.....	31
a)	Der Sitzungs- und Vorführdienst, Art. 1 Abs. 1 1. Alt. JSOG ..	31
b)	Bewachung Gefangener, Art. 1 Abs. 1 2. Alt JSOG.....	32
c)	Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Amtsgebäude, Art. 1 Abs. 1 3. Alt JSOG	32
d)	Vollziehung richterlicher oder staatsanwaltlicher Anordnungen, Art. 1 Abs. 1 4. Alt. JSOG	32
	Exkurs: Die Sitzungspolizei.....	34
II.	Die Maßnahmerichtung: Gefangener oder sonstige Person?	37
1.	Unterscheidung der Begriffe „Gefangener“ und „sonstige Person“....	37
2.	Systematik der Übertragung von Befugnissen	39
III.	Die Befugnisse.....	41
1.	Der Begriff „Befugnis“	41
2.	Bedeutung der Befugnisse des II. Abschnitts des PAG.....	43
3.	Umfang der Übertragung von Befugnissen	43
4.	Textbereinigung.....	44
	Exkurs: Begriffsbestimmungen des allgemeinen Sicherheits- und Polizeirechts	45
5.	Die übertragenen Befugnisse des II. Abschnitts im Einzelnen	48
5.1	Allgemeine Befugnisse nach Art. 11 PAG.....	48
5.2	Auskunftsbefragung nach Art. 12 PAG	50
5.3	Identitätsfeststellung nach Art. 13 PAG	51
	Exkurs: Die Ausweispflicht des JuWa und der Datenschutz.....	54
	weiterer Exkurs: Umgehen mit vollverschleierte Frauen	57
5.4	Platzverweisung und Kontaktverbot nach Art. 16 PAG	60
5.5	Gewahrsam nach Art. 17 PAG.....	63
	Exkurs: Die vorläufige Festnahme nach dem „Jedermannsrecht“	64
5.6	Durchsuchung von Personen nach Art. 21 PAG	68
5.7	Durchsuchung von Sachen nach Art. 22 PAG	71
5.8	Sicherstellung von Sachen nach Art. 25 PAG.....	71
	Exkurs: die allgemeine Zugangskontrolle und das Hausrecht.....	76

IV.	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	80
	Exkurs: Foto- und Filmaufnahmen im Gerichtsgebäude	82
	Weiterer Exkurs: Umgang mit schwierigen Personen	88
V.	Der unmittelbare Zwang	90
1.	Vorbemerkungen	90
2.	Begriffsbestimmungen	92
3.	Voraussetzung für die Anwendung unmittelbaren Zwangs	94
4.	Sonderform: Der Schusswaffengebrauch	97
VI.	Übungsteil	104
	Aufgabe 1:	106
	Aufgabe 2:	107
	Aufgabe 3:	108
	Aufgabe 4:	110
	Aufgabe 5:	111
	Aufgabe 6:	112

Zugangskontrolle

von Peter Pöhlmann

1.	Rechtsgrundlagen	117
1.1	Die Zugangskontrolle	117
a)	Notwendigkeit der Zugangskontrolle	117
b)	Hausrecht als Grundlage	118
c)	Freiwilligkeit der Kontrolle	119
d)	Öffentlichkeitsgrundsatz	119
e)	Folgen der Verweigerung	120
f)	Verweigerung des Zugangs aus gesundheitlichen Gründen	122
g)	Hausverbot	123
h)	Dokumentation	123
1.2	Die Sitzungspolizeiliche Befugnis	124
a)	Rechtsgrundlage §§ 176 ff. GVG	124
b)	Weisungen des Vorsitzenden	124
c)	Verhältnis Hausrecht – Sitzungspolizei	126
1.3	Durchsuchung nach PAG	126
a)	Voraussetzung für eine Durchsuchung	126
b)	Konkrete Gefahr	127
2.	Durchführung der Zugangskontrolle	127
a)	Anordnung der Zugangskontrolle	127
b)	Umfang der Anordnung	128
c)	Foto- und Filmaufnahmen	129
d)	Verwahrung/Sicherstellung	129
e)	Aufbau einer Zugangskontrolle	130

f)	Ablauf der Zugangskontrolle.....	131
g)	Kontrolle in Sonderfällen	133
h)	Einsatz privater Sicherheitsdienste	133
i)	Zugangskontrolle auf Anordnung des Vorsitzenden.....	134

Waffenrecht

von Peter Pöhlmann

1.	Allgemeines	139
2.	Warum Waffenrecht in der Ausbildung des Justizwachtmeisterdienstes? ..	140
3.	Systematik im Waffengesetz.....	140
4.	Anwendbarkeit des WaffG	141
5.	Der Waffenbegriff.....	142
5.1	Waffenarten.....	142
5.2	Schusswaffen	143
5.3	Den Schusswaffen gleichgestellte Gegenstände	144
5.4	Einzelne Schusswaffenbegriffe	145
5.4.1	Unbrauchbar gemachte Schusswaffen	145
5.4.2	Feuerwaffen.....	146
5.4.3	Anscheinswaffen/Nachbildungen von Schusswaffen	146
5.5	Tragbare Gegenstände	147
5.5.1	nach § 1 Abs. 2 Ziff. 2a WaffG – Waffen im technischen Sinne	147
5.5.2	nach § 1 Abs. 2 Ziff. 2b WaffG – Waffen im nichttechnischen Sinn	149
5.6	Feststellungsbescheide	149
6.	Umgangsformen	149
7.	Zulässigkeit des Umgangs / Erlaubnisse	150
7.1	Mindestalter.....	150
7.2	Erlaubnispflichten	151
7.3	Verbotene Gegenstände	153
7.3.1	Schusswaffen	153
7.3.2	Hieb- und Stoßwaffen.	153
7.3.3	Stahlruten, Totschläger.....	154
7.3.4	Schlagringe.....	155
7.3.5	Wurfsterne	156
7.3.6	Reizstoffsprühgeräte.....	156
7.3.7	Würgehölzer (Nun-Chakus)	158
7.3.8	Faust-, Butterfly-, Spring- und Fallmesser	158
7.3.9	Elektroimpulsgeräte	160
7.3.10	Präzisionsschleudern.....	161
8.	Erlaubnisfreier Umgang	161
8.1	Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen.....	161
8.2	Druckluft- und Federdruckwaffen	161
8.3	Armbrüste.....	162

8.4	Unbrauchbar gemachte Schusswaffen	162
9.	Ausgenommene Waffen	163
9.1	Unbrauchbar gemachte Schusswaffen	163
9.2	Spielzeugwaffen	163
9.3	Schusswaffen, die durch Muskelkraft	163
9.4	Nachbildungen von Schusswaffen	163
10.	Führungsverbot § 42a WaffG	164
11.	Wiederholung und Übersicht Messer	166
11.1	Messer außerhalb des WaffG	166
11.2	Hieb- und Stoßwaffen	166
11.3	Messer im WaffG genannt	166
11.4	Einhandmesser	167
12.	Straf- und Bußgeldvorschriften (§§ 51 – 54 WaffG)	167
13.	Ausweispflichten	168
14.	Weitergehende Informationen	169
14.1	aus dem Internet	169
14.2	in der Literatur	169
14.3	Hilfstafel für waffenrechtlich relevante Gegenstände bei der Zugangskontrolle	169
15.	Übungsteil	170
	Aufgabe 1:	170
	Aufgabe 2:	170
	Aufgabe 3:	170
	Aufgabe 4:	170
	Aufgabe 5:	171

Einweisung bezüglich verschiedener Ausweispapiere

von Hilmar Schelhorn

1.	Einführung	177
2.	Ausweispapiere	177
2.1	Personalausweis	179
2.2	Reisepass (ePass)	183
3.2.1	Kinderreisepass	185
3.2.2	vorläufiger Reisepass	185
3.2.3	weitere amtliche Pässe	186
2.3	Presseausweis	187
2.4	Rechtsanwaltausweis	188
2.5	Die Waffenscheine	190
3.	Fälschungsarten von Ausweispapieren	193
3.1	Totalfälschung	194
3.2	Verfälschung	195
3.3	Blankofälschung	195

4.	Ausweispapiere und ihre Sicherheitsmerkmale	195
4.1	Das Wasserzeichen	197
4.2	Die Formularnummer	198
4.3	Die UV-Licht-Reaktion	198
4.4	Die Druckqualität	199

Zustellungsrecht

von Sven Schultze

1.	Allgemeines	203
1.1	Definition	203
1.2	Erklärung der Begriffe	203
1.3	Zweck.....	203
1.4	Beteiligte.....	204
1.5	Arten der Zustellung	205
2.	Zustellung von Amts wegen	206
2.1	Aufgaben der Geschäftsstelle	206
2.2	Weitere Zustellungsmöglichkeiten	207
2.3	Zustellungsauftrag	209
3.	Durchführung der Zustellung	211
3.1	Zustellung an den Adressaten	211
3.2	Ersatzzustellung	215
3.2.1	Ersatzzustellung in der Wohnung, im Geschäftsraum, in einer Gemeinschaftseinrichtung	215
3.2.2	Verbotene Ersatzzustellung	218
3.2.3	Einlegen in den Briefkasten	219
3.2.4	Niederlegung	220
3.3	Annahmeverweigerung	222
3.4	Übersicht über die Ersatzzustellung	223
4.	Zustellungsurkunde.....	224
4.1	Erfordernis der Zustellungsurkunde	224
4.2	Inhalt der Zustellungsurkunde	225
4.3	Wirkung der Zustellungsurkunde	225
4.4	Berichtigungen in der Zustellungsurkunde	225
5.	Tätigkeiten des Justizwachtmeisters bei Zustellungen	226
5.1	Aufgaben nach dem AufgJwD	226
6.	Übungsaufgabe 1:.....	227
	Übungsaufgabe 2:.....	229

7.	Anlagen.....	232
	Anlage 1 zur ZustVV: Zustellungsurkunde	232
	Anlage 2 zur ZustVV: Innerer Umschlag.....	234
	Anlage 3 zur ZustVV: Äußerer Umschlag / Auftrag.....	235
	Anlage 4 zur ZustVV: Benachrichtigung	236

Materielles Strafrecht

von Silvia Eger

1.	Einführung	239
2.	Materielles Strafrecht	240
	2.1 Objektiver Tatbestand	242
	2.2 Subjektiver Tatbestand.....	242
3.	Rechtswidrigkeit.....	247
	3.1 Die Notwehr/Nothilfe § 32 StGB	248
	3.1.1 „gegenwärtiger rechtswidriger Angriff“ (Notwehrlage).....	249
	3.1.2 „erforderliche Verteidigung“ (Verteidigungshandlung).....	250
	3.2 Die Vorläufige Festnahme § 127 StPO	252
4.	Schuld.....	254
5.	Einzelne Straftatbestände (Delikte).....	258
	5.1 vorsätzliche Körperverletzung § 223 StGB.....	259
	5.2 fahrlässige Körperverletzung § 229 StGB	259
	5.3 Sachbeschädigung § 303 StGB	260
	5.4 Beleidigung § 185 StGB	260
	5.5 Verletzung des Briefgeheimnisses § 202 Abs. 1 StGB.....	261
	5.6 Verwahrungsbruch § 133 Abs. 1 StGB.....	261
	5.7 Urkundenunterdrückung § 274 Abs. 1 Nr. 1 StGB.....	262
	5.8 Verletzung des Höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen, § 201a Abs. 1 StGB	262
	5.9 Verändern von amtlichen Ausweisen § 273 StGB	263
	5.10 Missbrauch von Ausweispapieren § 281 StGB.....	264
	5.11 Vorteilsannahme § 331 StGB	264
	5.12 Bestechlichkeit § 332 StGB	265
	5.13 Körperverletzung im Amt § 340 StGB	266
	5.14 Falschbeurkundung im Amt § 348 StGB	266
	5.15 Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheim- haltungspflicht § 353b Abs. 1 StGB	267
	5.16 Verbotene Mitteilung über Gerichtsverhandlungen § 353d StGB	267
6.	Lernzielkontrolle.....	269

Formelles Strafrecht

von Petra Kunte

A	Die Abschnitte eines Strafverfahrens	273
I.	Das Ermittlungsverfahren	273
1.	Ermittlungsbehörden	273
2.	Möglichkeiten der Kenntniserlangung von einer Straftat	273
3.	Adressat und Form des Strafantrags und der Anzeige	274
4.	Der Ermittlungsrichter, § 162 StPO	275
5.	Die Beendigung des Ermittlungsverfahrens	275
6.	Das Aktenzeichen	276
7.	Die Bezeichnung des Täters	276
II.	Das Zwischenverfahren	277
1.	Die Zuständigkeit des Gerichts	278
2.	Der Ablauf des Zwischenverfahrens	278
3.	Die Beendigung des Zwischenverfahrens	279
4.	Das Aktenzeichen im Zwischenverfahren	279
5.	Die Bezeichnung des Täters	279
III.	Das Hauptverfahren	280
1.	Die Hauptverhandlung	280
2.	Der Ablauf der Hauptverhandlung, §§ 243, 244, 260 StPO	281
3.	Die Beendigung des Hauptverfahrens	281
4.	Das Aktenzeichen im Hauptverfahren	282
5.	Die Bezeichnung des Täters	282
IV.	Die Vollstreckung	282
1.	Das Aktenzeichen im Vollstreckungsverfahren	282
2.	Die Bezeichnung des Täters	282
B	Die Rechtsmittel	283
I.	Die Berufung, §§ 312 ff. StPO	283
II.	Die Revision, §§ 333 ff. StPO	283
III.	Der Instanzenzug	284
IV.	Die Rechtskraft	285
C	Das Strafbefehlsverfahren	286
I.	Die Voraussetzungen im Überblick	286
II.	Das Aktenzeichen im Strafbefehlsverfahren	287
	Das Strafverfahren im Überblick	288
	Einige Begriffe zum formellen Strafrecht im Überblick	289

Überblick über Gerichtsabteilungen AktO/AGO

von Thomas Semba

1.	Warum Überblick über Gerichtsabteilungen, AktO/AGO in der Ausbildung des Justizwachtmeisterdienstes?	295
2.	Aufbau dieses Lehrbuchteils	295
3.	Aufbau und Gliederung der Gerichtsbarkeiten	296
4.	Die Abteilungen innerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit	298
4.1	Abteilung für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	298
4.1.1	Zuständigkeiten der Ersten Instanz (Eingangsinstantz) in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	299
4.1.2	Das Mahnverfahren	302
5.	Das Vollstreckungsgericht	303
5.1	Unterschieden wird die Zwangsvollstreckung in:	304
5.1.1	Zwangsvollstreckung in Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (= Wohnungseigentum)	304
5.1.2	Vollstreckungsorgan: Gerichtsvollzieher	304
5.1.3	Vollstreckungsorgan: Rechtspfleger (Abteilung für allgemeine Zwangsvollstreckung)	305
5.1.4	Vollstreckungsorgan: Rechtspfleger am Versteigerungsgericht als Unterabteilung des Vollstreckungsgerichts	306
6.	Das Insolvenzgericht	307
7.	Das Familiengericht	309
7.1	Der Instanzenzug	311
8.	Das Grundbuchamt	311
9.	Das Betreuungsgericht	314
9.1	Betreuungen – RZ XVII:	314
9.2	Unterbringungssachen und Freiheitsentziehungssachen von Volljährigen – Registerzeichen XVII:	315
9.3	Pflegschaften im Rahmen eines Betreuungsverfahrens – Registerzeichen XVII:	315
10.	Das Nachlassgericht	316
11.	Das Registergericht	318
12.	Die Rechtsantragstelle	319
13.	Die Allgemeine Geschäftsordnung (AGO)	321
14.	Die Aktenordnung (AktO)	329
14.1	Besonderheiten bei der aktenmäßigen Behandlung bei Sonderheften über Prozesskostenhilfe	331
14.2	Bildung des Aktenzeichens	332
14.3	Aufbewahrung der Akten	333

Motivation

von Thomas Semba

	Einleitung – 12 psychologische Tricks	337
1.	Definieren Sie Ihre Ziele in kleinen und für Sie machbaren Schritten	338
2.	Führen Sie zwei getrennte To-do-Listen	338
3.	Denken Sie von Schritt zu Schritt.....	339
4.	Belohnen Sie sich nach jedem Lernfortschritt.....	340
5.	Machen Sie einen Termin mit sich selbst.....	340
6.	Die 5 Minuten Methode	341
7.	Die Countdown Methode	342
8.	Einen Vertrag mit sich selbst abschließen	342
9.	Lernen auf dem Sofa oder im Bett	343
10.	Die Jogginghose hilft nicht immer	344
11.	Bilder von lernenden Menschen können motivieren	344
12.	Denken Sie an das Ziel und nicht an den Weg	345

JSOG/Sicherheitsrecht

**Einführung in das Gesetz über die sicherheits- und
ordnungsrechtlichen Befugnisse der Justizbediensteten (JSOG)
und das allgemeine Sicherheitsrecht für Gerichtsgebäude**

von

Rainer Friedlein

RiAG

Amtsgericht Bayreuth

Nebenamtlicher Dozent

der Bayerischen Justizakademie Pegnitz

II. Die Maßnahmerichtung: Gefangener oder sonstige Person?

Sicherheits- und polizeirechtliche Befugnisnormen bilden die Rechtsgrundlage für hoheitliche Eingriffe in geschützte Grundrechte und Rechtspositionen der Menschen. Solche Eingriffe, man spricht auch von Maßnahmen, können in der Auferlegung der Pflicht etwas zu tun oder etwas zu unterlassen oder aber der Pflicht zum Dulden fremden Handelns bestehen.

Die Befugnisnormen selbst bestimmen allerdings nicht in jedem Fall (vgl. z.B. Art. 11 I, II PAG) gegen wen eine polizeiliche Maßnahme überhaupt gerichtet werden darf, wer also von Rechts wegen Adressat einer polizeilichen Maßnahme ist.

Adressat einer polizeilichen Maßnahme ist grundsätzlich der verantwortliche Störer. Dabei kann man zwischen sogenannten Handlungs-, Zustands- und Nichtstörern unterscheiden, vgl. Art. 7, 8 und 10 PAG. Dort ist beschrieben wer als Handlungs-, Zustandsstörer oder Nichtstörer verantwortlich gemacht werden kann.

Das JSOG differenziert allerdings schon einen Schritt vor der Bestimmung der Maßnahmerichtung, also der eigentlichen Störerauswahl (= Suche nach dem Verantwortlichen), nämlich schon bei der Suche nach der anzuwendenden Befugnisnorm zwischen den zur Verantwortung gezogenen Personen.

Je nachdem ob Adressat der Maßnahme des JuWa ein Gefangener oder eine sonstige Person ist, sind die Befugnisnormen - jedenfalls dem Grundsatz nach - dem StVollzG/ BayStrafVollzG oder dem PAG zu entnehmen.

1. Unterscheidung der Begriffe „Gefangener“ und „sonstige Person“

a) Gefangener

Zur Wiederholung: Gefangener ist, wer auf Anordnung eines Richters oder eines dafür zuständigen Beamten, dies kann auch ein JuWa sein, in behördlichen Gewahrsam ist, Art. 1 Abs. 1 JSOG. Eine von Beginn an als kurzfristig beabsichtigte Einschränkung der Bewegungsfreiheit ist eine Freiheitsbeschränkung. Der davon

Betroffene ist kein Gefangener. Im PAG wird die kurzfristige Einschränkung der Bewegungsfreiheit als „Anhalten“ (vgl. Art. 13 Abs. 2 S. 2 PAG) im Gegensatz zum „Festhalten“ (vgl. Art. 13 Abs. 2 S. 3 PAG) bezeichnet.

Der Entzug der Bewegungsfreiheit ist dagegen eine Freiheitsentziehung. Der davon Betroffene ist Gefangener, unabhängig davon, wie lange die Freiheitsentziehung tatsächlich dauert.

Beispiele:

Gefangene sind also der aus Strafhaft oder Untersuchungshaft Vorgeführte, der vom Sitzungsstaatsanwalt nach einer Aussage vorläufig festgenommene Zeuge, der vom JuWa in Schutzgewahrsam genommene psychisch Kranke oder der von einem Polizeibeamten vorläufig festgenommene Straftäter.

Der aufgrund eines Vorführungsbefehls zur Hauptverhandlung gebrachte Angeklagte ist während der Hauptverhandlung kein Gefangener mehr, da sich der Vorführungsbefehl mit der erfolgreichen Gestellung des Angeklagten erledigt hat.

Ein ursprünglich Gefangener, der erfolgreich geflohen ist und sich so dem Einwirkungsbereich eines Justizvollzugsbediensteten und Wachtmeisters entzogen hat, ist kein Gefangener mehr i. S. d. JSOG, sondern hat diesen Status mit der wieder gewonnenen Freiheit verloren. Das gilt es in der Praxis natürlich zu vermeiden!

b) Sonstige Personen

Das JSOG enthält keine Definition des Begriffes „sonstige Person“. Die Definition ist einfach; sie folgt aus der Umkehrung des Begriffes „Gefangener“. Danach sind sonstige Personen all diejenigen, die „nicht Gefangene“ sind. Diese sind also nicht in Gewahrsam, sondern in Freiheit.

Merksatz:

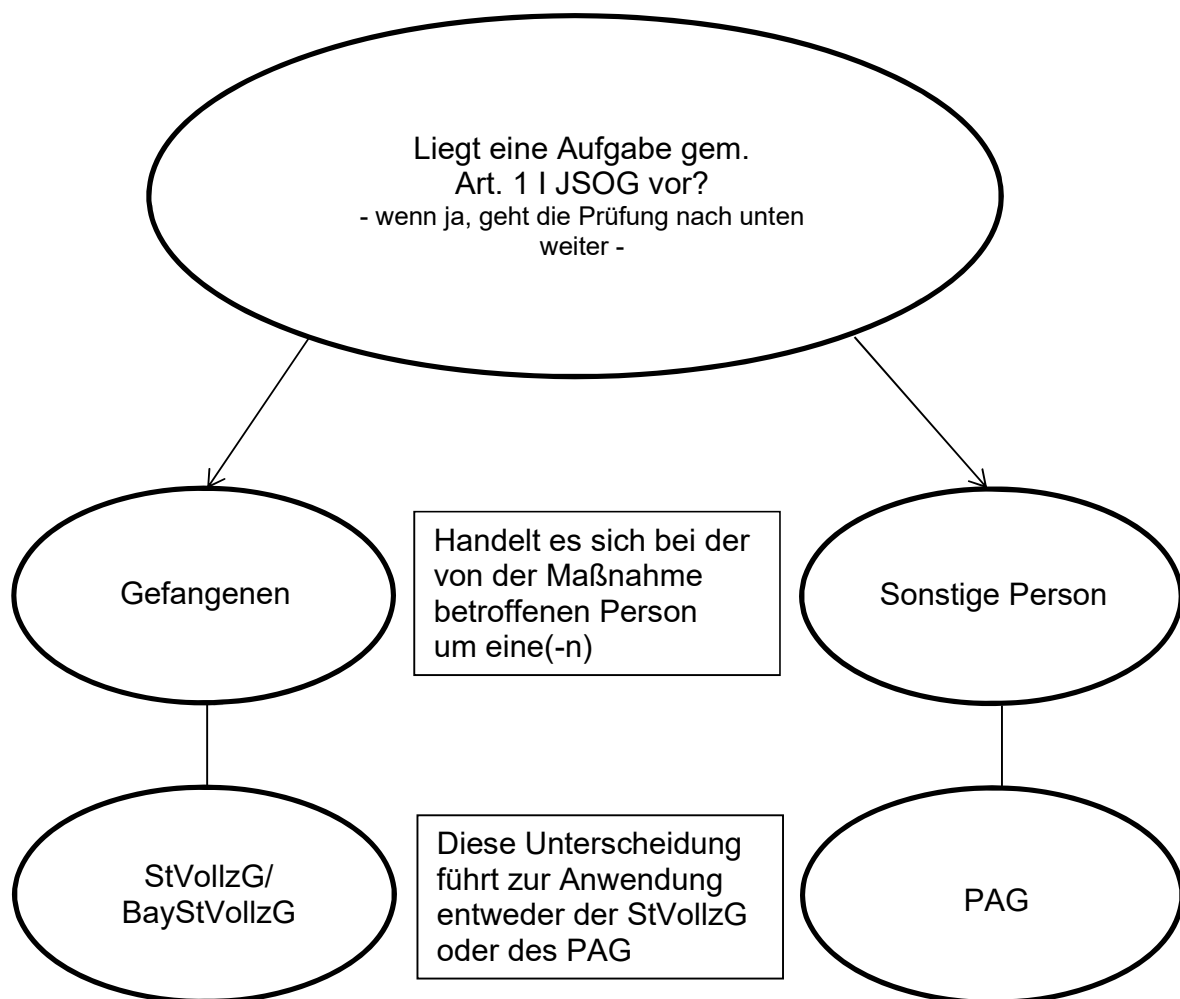
Die Antwort auf die Frage, ob eine Aufgabe aus dem JSOG zu einem Rechtseingriff gegenüber einem Gefangenen oder einer sonstigen Person führen soll, entscheidet darüber, ob das StVollzG oder das PAG anzuwenden ist.

2. Systematik der Übertragung von Befugnissen

Das Gesetz überträgt den JuWa für Maßnahmen gegen Gefangene nach Art. 1 I Nr. 1 JSOG die Befugnis zur Anwendung unmittelbaren Zwangs nach den §§ 94 bis 101 und 178 StVollzG bzw. der Art. 101 bis 108, 122 und 160 des Bayerischen Strafvollzugsgesetz und bei Maßnahmen gegen „sonstige Personen“ gem. Art. 1 I Nr. 2 JSOG die Befugnisse der Polizeibeamten nach dem PAG einschließlich der Befugnis zur Anwendung unmittelbaren Zwangs.

Die unterschiedliche Behandlung von Gefangenen und sonstigen Personen führt prinzipiell zu einer Gabelung des Lösungsweges.

Diese Unterscheidung zwischen Gefangenen und sonstigen Personen ist nur mit der Gesetzeshistorie zu erklären. Mit dem JSOG wurde das seit 1968 geltende Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch Justizbedienstete (UZwGJ) gegenüber Gefangenen abgelöst. Der Gesetzgeber wollte mit dem neuen JSOG den Justizwachtmeistern außerhalb der Justizvollzugsanstalten, also denen in den Gerichten, die gleichen Befugnisse gegenüber Gefangenen einräumen wie den Wachtmeistern in den Justizvollzugsanstalten.

Schematisch sieht die Falllösung wie folgt aus:**Hinweis:**

Bereits an dieser Stelle sei aber gesagt, dass diese strikte Gabelung des Lösungswegs nur bei der Anwendung unmittelbaren Zwangs greift. Vor der Durchsetzung von Maßnahmen mit Mitteln des unmittelbaren Zwangs trifft der JuWa regelmäßig eine Grundanordnung, der sich der hiervon Betroffene auch beugen kann. Wenn der Betroffene die Anordnung befolgt, braucht sie selbstverständlich nicht mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt werden.

Weil das JSOG bei Gefangenen aber für solche Grundanordnungen nicht auf Befugnisnormen verweist, werden diejenigen des PAG hierfür entsprechend (analog) angewendet. In der praktischen Arbeit spielt die vorgenannte Gabelung des

Lösungsweges daher keine große Rolle. Verstehen muss man die Systematik zunächst aber schon (vgl. auch unten).

III. Die Befugnisse

Vorbemerkungen:

1. Der Begriff „Befugnis“

Handlungen (Maßnahmen) durch die der JuWa in fremde Rechte eingreift, um Gefahren abzuwehren, z.B. wenn er eine Person durchsucht, sind nur zulässig, wenn der JuWa mit dieser Handlung eine seiner Aufgaben erfüllt und zugleich die entsprechende „Befugnis“ hat, in die Rechte eines anderen einzugreifen. Nach dem Rechtsstaatsprinzip müssen diese Befugnisse in einem Gesetz und nicht bloß in einer schlichten Bekanntmachung eines Ministeriums (Verwaltungsvorschrift) geregelt werden. Über die Verweisung des JSOG sind dies für den JuWa das PAG und die Strafvollzugsgesetze. Der JuWa ist verpflichtet seine Aufgabe zu erfüllen; die Befugnis gestattet ihm als Ermächtigungsgrundlage rechtlich eine bestimmte Maßnahme vorzunehmen.

Bei einem schlicht-hoheitlichen Handeln zur Gefahrenabwehr braucht es mangels Rechtseingriffs in Rechte Dritter keine Befugnisnorm. In diesen Fällen reicht zur Gefahrenabwehr die bloße Aufgabeneröffnung.

Beispiel: *Ein JuWa verscheucht einen Vogelschwarm (Krähen), der sich kreischend vor dem Fenster des Sitzungssaals niedergelassen hat und die Verhandlung stört.*

Anders bei Eingriffen in Recht Dritter. Eine derartige Maßnahme wird als Einzelfallregelung durch den JuWa im Wege der Anordnung getroffen. Dabei handelt es sich wie bei anderen Akten eines Trägers staatlicher Gewalt, welche in einem Über- und Unterordnungsverhältnis ergehen, um einen Verwaltungsakt. Solche Verwaltungsakte gibt es auch in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Rechts. Sie werden grundsätzlich erst mit ihrer Bekanntgabe an die betroffene Person wirksam. Ansonsten könnte die Anordnung auf die Willensbildung des Betroffenen keinen Einfluss haben.

Ist ein entgegenstehender Wille eines von einer polizeilichen Maßnahme betroffenen Menschen nicht feststellbar, etwa weil die Person gar nicht vor Ort ist oder der Betroffene einen entgegenstehenden Willen gar nicht rechtserheblich äußern kann (z.B. weil er volltrunken ist) kann der JuWa genauso wie die Polizei unmittelbar selbst zur Tat schreiten und eine Maßnahme selbst oder durch einen Beauftragten ausführen. Dies nennt man dann **unmittelbare Tatmaßnahme, vgl. Art. 9 Abs. 1 PAG**. Gleichwohl muss sich der Wachtmeister auf eine Befugnisnorm für sein Tun aus dem II. Abschnitt des PAG stützen können. Bei der unmittelbaren Tatmaßnahme wird nämlich nicht für den Rechtseingriff auf eine solche Ermächtigungsgrundlage verzichtet. Verzichtet wird nur darauf, dass ein entgegenstehender Wille des Betroffenen ausdrücklich erklärt oder zumindest sonst erkennbar wird. Ebenso wird auf die Bekanntgabe des Verwaltungsakts an den Betroffenen vor der Tatausführung verzichtet.

Ist der Rechtsgutsinhaber, also der von einer Anordnung Betroffene, mit dem Eingriff dagegen einverstanden, braucht es keine Befugnisnorm. Der Betroffene kann nämlich mit einer Einwilligung im Regelfall auf sein Recht verzichten. Deshalb bietet sich für die praktische Handhabung die einfache Frage an den Betroffenen an, ob dieser z.B. mit der Durchsuchung seiner Tasche oder mit der einstweiligen Verwahrung seines mitgeführten Brotzeitmessers einverstanden ist. Ist er das muss nämlich nicht lange nach einer Ermächtigungsgrundlage für den Eingriff, also eine bestimmte Befugnisnorm gesucht und das Vorliegen der Voraussetzungen für deren Anwendbarkeit geprüft werden.

Merksatz:

Die Einwilligung des Betroffenen ersetzt eine Befugnisnorm.

Der Wachtmeister kann sich durch ein höfliches, bürgerfreundliches Verhalten das Leben mit einfachen Fragen so auch durchaus einfacher machen und erreicht dasselbe Ziel.

Im Übrigen darf ein JuWa ebenso wie ein Polizist selbstverständlich auch ohne Rückgriff auf eine Befugnisnorm die Dinge tun, die auch einem normalen Bürger

erlaubt sind. Hinweise oder Ratschläge an eine Person, die gar keinen Rechtseingriff darstellen sind immer zulässig.

2. Bedeutung der Befugnisse des II. Abschnitts des PAG

In diesem Teil werden die Befugnisse des II. Abschnittes des PAG behandelt. Diese werden für Maßnahmen gegen sonstige Personen direkt herangezogen.

Nach der wörtlichen Regelung des Art. 1 Abs. 1 Nr. 1 JSOG haben die Justizbediensteten gegenüber Gefangenen nur die Befugnis zur Anwendung des unmittelbaren Zwanges nach den §§ 94 bis 101 und 178 StVollzG bzw. Art. 101 bis 108, 122 und 160 BayStVollzG. Damit stünden keine Befugnisse vor der Anwendung des unmittelbaren Zwanges zur Verfügung. Es liegt aber auf der Hand, dass auch Gefangene Rechte haben und dass nicht jede Maßnahme ohne weiteres sofort mit Gewalt durchgesetzt werden darf. Die Aufforderung an einen Gefangenen, störenden Lärm zu unterlassen, darf folglich nicht sofort unter Zuhilfenahme von Maßnahmen des unmittelbaren Zwanges durchgesetzt werden. Vielmehr muss vor der Anwendung des unmittelbaren Zwangs immer zunächst geschaut werden, ob sich der betroffene Gefangene nicht schon der Maßnahme aufgrund ihrer Anordnung durch den JuWa beugt.

Insoweit sind die Befugnisse aus dem PAG wegen der ungewollt entstandenen Regelungslücke entsprechend auch bei Gefangenen anzuwenden. Die Juristen sprechen dabei auch von einer analogen Anwendung der Befugnisnormen gegenüber Gefangenen.

Der entsprechende Textabschnitt im PAG ist daher praktisch doppelt relevant.

3. Umfang der Übertragung von Befugnissen

Das JSOG überträgt die Befugnisse des II. Abschnittes des PAG nur für die in Art. 1 Abs. 1 JSOG erwähnten Aufgaben. Für andere den JuWa nach der AufgJWD vom 02.02.2009 obliegende Aufgaben stellt das JSOG keine Befugnisse zur Verfügung. Diese Dienstgeschäfte sind meist von vornherein sicherheitsrechtlich nicht relevant.

Die Zugangskontrolle

Die Kontrolle und Durchsuchung von Personen und Strafsachen in Justizgebäuden

von

Peter Pöhlmann

VorsRiLG

Nebenamtlicher Dozent an der
Bayerischen Justizakademie Pegnitz

1. Rechtsgrundlagen

Die Kontrolle von Personen und Sachen im Bereich der bayerischen Justiz beruhen auf:

- einer Anordnung des Hausrechtsinhabers
- einer sitzungspolizeilichen Weisung des Vorsitzenden oder
- auf den Befugnissen nach den Art. 21, 22 PAG (Durchsuchung)

Die jeweilige Rechtsgrundlage bestimmt sowohl die Voraussetzungen für das Tätigwerden der Justizwachtmeister als auch deren konkrete Handlungsmöglichkeiten und Befugnisse. Es ist daher für den Wachtmeister erforderlich genau zu beachten, auf Grund welcher Bestimmung er Personen oder Sachen kontrolliert oder durchsucht.

1.1 Die Zugangskontrolle

a) Notwendigkeit der Zugangskontrolle

Die Vorfälle in der Justiz, wie die Tötung eines Staatsanwaltes⁵⁶ oder der der Prozessgegnerin mit anschließenden Selbstmord⁵⁷ haben gezeigt, dass Kontrollen bei dem Zugang zu den Justiz- und Gerichtsgebäuden erforderlich sind um die Sicherheit der Angehörigen der Justiz und der Besucher zu gewährleisten.⁵⁸

Sollte bisher sichergestellt werden, dass Gerichtsbesucher keine gefährlichen oder verbotenen Gegenstände mit in die Justizgebäude nehmen, so hat die Pandemie auf Grund des Corona-Virus zu neuen Herausforderungen geführt. Auch hier gilt es durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der Zugangskontrollen die Infektionsgefahr und damit verbunden Gesundheitsrisiken für die Personen, die sich in den Gebäuden der Justiz aufhalten möglichst gering zu halten.

⁵⁶ Am 11.01.2011 im Amtsgericht Dachau

⁵⁷ Am 07.04.2009 im Landgericht Landshut

⁵⁸ Vgl. Dickert/Hagspiel in BayVBl 2013, 102

Derzeit sind solche Maßnahmen auf Grund der Coronapandemie nicht mehr erforderlich; eine vergleichbare Situation kann in der Zukunft durchaus wieder eintreten.

Ebenso können andere aktuelle Gegebenheiten jederzeit besondere Maßnahmen erforderlich machen. Auch im Rahmen der Proteste der sogenannten „letzten Generation“ machen vor der Justiz nicht halt. So hat sich z.B. ein Angeklagter aus dieser Szene am 23. Februar 2023 während der Verhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin an einem Tisch festgeklebt. Auch das Mitnehmen von Gegenständen die eigentlich nicht gefährlich sind (wie Klebstoffe) muss bei einer entsprechenden Lage verhindert werden.

b) Hausrecht als Grundlage

Die allgemeine Zugangskontrolle (weiter Begriffe sind Einlasskontrolle oder Sicherheitsschleuse, die synonym verwendet werden) erfolgt auf Grund einer Anordnung des Hausrechtsinhabers. Sie verpflichtet den Betroffenen nicht, sich tatsächlich kontrollieren zu lassen und sonstige Maßnahmen, die im Rahmen der Zugangskontrolle ergriffen werden zu befolgen. Im Verweigerungsfall wird ihm dann kein Zugang gewährt oder dieser zumindest erschwert.

Hausrechtsinhaber ist in der Regel der Präsident, Amtsgerichtsdirektor oder Behördenleiter. Dessen Befugnis zur Anordnung einer Zugangskontrolle ergibt sich aus seinem Hausrecht. Dieses umfasst die Befugnis, Ordnungsmaßnahmen zu treffen, um die Verwirklichung des Widmungszweckes zu gewährleisten, Störungen des Dienstbetriebes abzuwenden und dabei insbesondere auch über den Aufenthalt von Personen in den Räumen des öffentlichen Gebäudes zu bestimmen. Dieses Recht bedarf keiner ausdrücklichen gesetzlichen Konkretisierung, sondern folgt als notwendiger „Annex“ zur Sachkompetenz aus der Verantwortung der Behörde oder des Gerichtes für die Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben und den ordnungsgemäßen Ablauf der Dienstgeschäfte⁵⁹. Das Hausrecht des Gerichtspräsidenten oder Behördenvorstandes ist die Grundlage für alle (verhältnismäßigen) Maßnahmen im Gerichtsgebäude, die außerhalb des Sitzungsbereichs erfolgen⁶⁰.

⁵⁹ OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 26.10.2010, OVG 10 B 2.10; vgl auch BayVerwGH, BayVBI 1981, 657
⁶⁰ BVerwG NJW 2011, 2530 und NJW 2012, 1863 aA Kruis in BayVBI, 2013,

Neben der Kontrolle der Besucher nach gefährlichen Gegenständen ist zwischenzeitlich auch eine Kontrolle der Personen auf Anzeichen einer Infektion mit dem Corona-Virus erforderlich. Die entsprechenden Maßnahmen wie das Ausfüllen der Selbstauskunft zu „COVID-19“- einschließlich der Angabe der Personendaten -, Fiebermessung und die Kontrolle der Einhaltung der Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nase Bedeckung könne auf Grund des Hausrechts angeordnet werden. Die Zugangskontrolle verletzt den Besucher nicht in seiner körperlichen Integrität und beeinträchtigt ihn auch nicht unverhältnismäßig in seiner allgemeinen Handlungsfreiheit.⁶¹

Die Personenkontrollen; auch unter Einsatz von Sicherheitsschleusen sowie die sonst zu treffenden Maßnahmen gehören im Rahmen des Sicherheits- und Ordnungsdienstes zu den Aufgaben des Justizwachtmeisterdienstes (Ziff. 3.1 AufgJWD).

c) Freiwilligkeit der Kontrolle

Die Zugangskontrolle und die Befolgung von angeordneten Maßnahmen kann allerdings nicht zwangsweise durchgesetzt werden. Der Betroffene unterzieht sich diesen freiwillig und kann jederzeit verlangen, dass sie beendet werden. Die Voraussetzungen für Zwangsmaßnahmen nach dem PAG liegen im Rahmen der Zugangskontrolle im Regelfall nicht vor. Auch die Verweigerung der Kontrolle als solches ist kein Grund für eine Durchsuchung der Person nach Art. 21 PAG! Auch Gegenstände die nicht mitgenommen werden dürfen, können grundsätzlich nicht sichergestellt, d.h. mit Zwang abgenommen werden. Sie werden vorübergehend für die Zeit des Aufenthaltes verwahrt und beim Verlassen wieder ausgehändigt. Eine Sicherstellung ist nur bei verbotenen Gegenständen zulässig (verbotene Waffen, Schusswaffen für die keine erforderliche Erlaubnis vorgewiesen werden kann oder auch illegale Betäubungsmittel).

d) Öffentlichkeitsgrundsatz

Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich (§ 169 S. 1 GVG), mit Ausnahme der Sitzungen in Familiensachen und im Jugendstrafrecht. Der Zugang darf daher nur in Ausnahmefällen verwehrt werden. Für den Besuch einer Sitzung bedarf es

⁶¹ VG Augsburg, Beschluss vom 6.2.2013, Az.: Au 4 E 13.153

keines Grundes. Die Folge ist, dass jedermann grundsätzlich den Bereich der Sitzungssäle in den Justizgebäuden betreten darf. Maßnahmen, die der Gewährleistung der Sicherheit im Gerichtsgebäude dienen, verstoßen als solche nicht gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit in der Verhandlung. Dies gilt auch für Maßnahmen auf Grund des Gesundheitsschutzes.⁶²

Wird der Zugang zum (Sitzungs-)Gebäude im Falle der Weigerung der Kontrolle oder Durchführung der angeordneten Maßnahmen verwehrt, so liegt darin grundsätzlich noch kein Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz. Allerdings darf eine Zugangskontrolle nicht dazu führen, dass ein rechtzeitiges Betreten des Sitzungssaales auf Grund der Verzögerungen nicht mehr möglich ist. Bei Verfahrensbeteiligten wird in der Ladung auf die Zugangskontrolle und die damit verbundenen Verzögerungen hingewiesen. Sollte es zu längeren Verzögerungen kommen mit der Folge, dass rechtzeitig erschienene Besucher nicht mehr zu Beginn der Verhandlung in den Sitzungssaal gelangen können, so sind die Richter/Rechtspfleger in den Sitzungen, so weit möglich, zu informieren.

Dies gilt nur für den Sitzungsbereich. Der Zugang zu dem Verwaltungsbereich – soweit dieser baulich getrennt ist – unterliegt nicht dem Öffentlichkeitsgrundsatz. Die Zugangsmöglichkeit kann hier daher auf Personen beschränkt werden, die ein konkretes Anliegen haben.

e) Folgen der Verweigerung

Verweigert ein Besucher die Kontrolle, oder auch die Abgabe eines Gegenstandes, der nicht in das Gebäude gelangen soll, oder die Befolgung einer angeordneten Maßnahme so ist die Folge, dass ihm der Zutritt zum Gebäude verwehrt wird. Hier ist zu unterscheiden, ob es sich um einen bloßen Besucher, wie z.B. einen Zuschauer bei einer Gerichtsverhandlung handelt oder ob der Betroffene einen Grund für seine Anwesenheit hat, wie z.B. die Partei eines Prozesses, Angeklagter, Zeuge etc. Dem bloßen Besucher wird der Zugang ohne weiteres verwehrt. Sollte der Besucher trotzdem versuchen das Gebäude zu betreten oder stört er den Dienstbetrieb, so stehen dem Justizwachtmeister die polizeirechtlichen Befugnisse nach dem PAG, insbesondere der Platzverweis

⁶² OVG Schleswig, NJW 2020, 3127

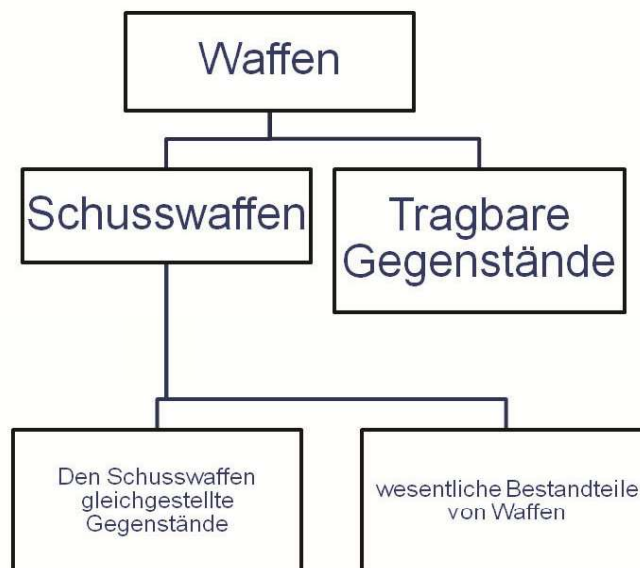
Waffenrecht

von

Peter Pöhlmann
VorsRiLG

Nebenamtlicher Dozent an der
Bayerischen Justizakademie Pegnitz

5.2 Schusswaffen



Schusswaffen sind Gegenstände, die zum Angriff oder zur Verteidigung, zur Signalgebung, zur Jagd, zur Distanzinjektion, zur Markierung, zum Sport oder zum Spiel bestimmt sind und bei denen Geschosse durch den Lauf getrieben werden (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Nr. 1.1). Nach dieser Definition sind zwei Merkmale von Bedeutung: Der Lauf und das Geschoss.

Geschosse sind feste Körper sowie gasförmige, flüssige oder feste Stoffe in Umhüllungen (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 3 Nr. 3). Beispiele sind Patronen für Pistolen oder Gewehre, Diabolos für Luftdruckwaffen, Betäubungsgeschosse (diese enthalten eine Flüssigkeit, die sich aber in einer festen Umhüllung befindet) oder Plastikkügelchen in Federdruckwaffen.

Der **Lauf** ist ein aus einem ausreichend festen Werkstoff bestehender rohrförmiger Gegenstand, der Geschosse, die hindurchgetrieben werden, ein gewisses Maß an Führung gibt (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Nr. 1.3.1.1).

Wie eine Schusswaffe sind deren **wesentliche Teile** und **Schalldämpfer** zu behandeln (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Nr. 1.3). Zu den **wesentlichen Teilen einer Schusswaffe** zählen der Lauf, das Verschlussstück, das Patronen- oder Kartuschenlager (soweit diese nicht Bestandteil des Laufes sind), falls zum Antrieb ein entzündbares flüssiges oder gasförmiges Gemisch verwendet wird, die

Verbrennungskammer und die Einrichtung zur Erzeugung des Gemisches und das Gehäuse (Anlage 1 Abschnitt 1 UA 1 Ziff. 1.3.1.1 bis 1.3.1.7). **Schalldämpfer** sind Vorrichtungen, die dazu dienen bei Schusswaffen den Mündungsknall zu dämpfen (Anlage 1 Abschnitt 1 UA 1 Ziff. 1.3.3.⁷⁷ Das **Magazin** ist kein wesentlicher Bestandteil einer Schusswaffe. Das Magazin ist für eine Schussabgabe nicht erforderlich. Der Fund eines Magazins kann allerdings Anlass für eine weitergehende Durchsuchung sein (vgl. Teil: „JSOG“).

5.3 Den Schusswaffen gleichgestellte Gegenstände

Gleichgestellte Gegenstände sind solche, die mangels eines Laufes keine Schusswaffen im engeren Sinne sind, die aber für das Abschießen von Munition (Munitionsabschussgeräte) und somit für die gleichen Zwecke wie bei einer Schusswaffe dienen (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Nr. 1.2.1). Hierunter fallen Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen. Nicht erfasst werden z.B. Abschussapparate für die Ausbildung und Dressur von Hunden, da dieser Zweck nicht in Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Nr. 1.1 genannt wird.

Weiter fallen unter die gleichgestellten Gegenstände solche, bei denen feste Körper verschossen werden und die Antriebsenergie durch Muskelkraft eingebracht wird und gespeichert werden kann (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Nr. 1.2). Das bereits in der Anlage genannte Beispiel ist die Armbrust.

Keine Schusswaffe ist der Bogen, da das Geschoss (der Pfeil) nicht durch einen Lauf getrieben wird und die Antriebsenergie nicht gespeichert werden kann.

Geräte, bei denen die Geschosse durch Muskelkraft angetrieben werden und die Antriebskraft nicht gespeichert werden kann, wie z.B. Blasrohre, sind vom WaffG ausgenommen (Anlage 2, Abschnitt 3, UA 2 Nr. 2).

⁷⁷ Eine genaue Beschreibung der wesentlichen Bestandteile einer Schusswaffe kann auf der Homepage des BKA unter dem Reiter „Ihre Sicherheit“ Feststellungsbescheide, Auswirkungen des Dritten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes, / Leitfaden heruntergeladen werden.

5.4 Einzelne Schusswaffenbegriffe

5.4.1 Unbrauchbar gemachte Schusswaffen

Diese werden auch **Dekorationswaffen** genannt. Dies waren ursprünglich voll funktionsfähige Schusswaffen, die jedoch dauerhaft unbrauchbar gemacht wurden, d.h. die Funktionsfähigkeit kann nicht mehr mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen hergestellt werden. Ist dies nicht der Fall, bleiben diese Schusswaffen (Anlage 1 Abschnitt 1 UA 1 Nr. 1.4). Bei einer unbrauchbaren Schusswaffe kann kein Geschoss mehr durch den Lauf getrieben werden. Es handelt sich daher nach der Definition um keine Schusswaffe mehr. Die unbrauchbar gemachte Schusswaffe unterliegt aber nach wie vor dem WaffG. Die frühere Regelung in Anlage 2 Abschnitt 3 UA 2, Ziffer 4, wonach sie vom Gesetz mit Ausnahme von § 42a WaffG ausgenommen wurde, ist durch das 3. WaffRÄndG aufgehoben worden. (§ 42a WaffG: Es handelt sich um eine Anscheinswaffe, siehe unter 4.4.3). Die Standards für die Unbrauchbarmachung werden inzwischen durch die Durchführungsverordnung (EU) 2015/2403 vom 15.12.2015 festgelegt (siehe Anlage 1 Abschnitt 2 Ziff. 8.3).



Beschusszeichen einer unbrauchbar gemachten Schusswaffe

5.4.2 Feuerwaffen

Feuerwaffen sind Schusswaffen, bei denen ein Geschoss mittels heißer Gase durch oder aus einen Lauf getrieben wird (Anlage 1 Abschnitt 1 UA 1 Nr. 2.1). Das Gegenstück hierzu sind z.B. Waffen mit einem Antrieb durch Luft- oder Federdruck.

5.4.3 Anscheinswaffen/Nachbildungen von Schusswaffen

Anscheinswaffen sind

Gegenstände, die ihrer äußeren Form nach im Gesamterscheinungsbild den Anschein von Feuerwaffen hervorrufen und bei denen zum Antrieb **keine heißen Gase** verwendet werden (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Ziff. 1.6.1)

oder **Nachbildungen** von Schusswaffen mit dem Aussehen von Feuerwaffen (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Ziff. 1.6.2)

sowie **unbrauchbar gemachte** Schusswaffen mit dem Aussehen von Feuerwaffen (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Ziff. 1.6.3).

Beachte:

Die Ziffern 1.6.2 und 1.6.3 verweisen auf die Ziffer 1.6.1, d.h. es ist immer der Anschein einer **Feuerwaffe** erforderlich.

In die erste Gruppe fallen Druckluft-, Federdruck- und Kaltgaswaffen (z.B. Luftpistole, Luftgewehr und Softairwaffen). Diese sind zwar Schusswaffen (ein Geschoss kann durch den Lauf getrieben werden) aber keine Feuerwaffen.

Nachbildung von Schusswaffen sind Gegenstände, die zwar nicht als Schusswaffe hergestellt wurden und mit denen auch nicht geschossen werden kann, aber die äußere Form einer Feuerwaffe haben (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Ziff. 1.6.2, z.B. Attrappen).

Die letzte Gruppe erfasst ursprünglich funktionsfähige Feuerwaffen die jedoch **unbrauchbar** gemacht wurden (Dekorationswaffen, Ziff 1.4).

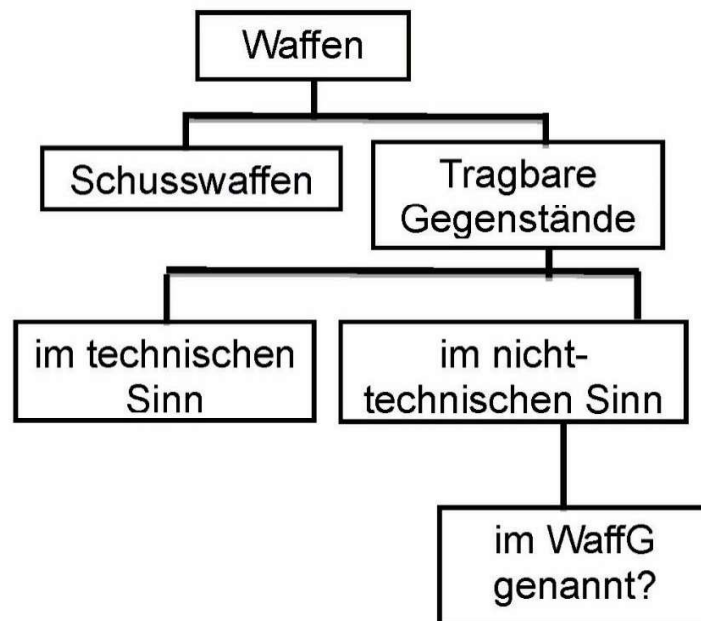
Ausnahmen:

Gegenstände, die erkennbar zum **Spiel** oder für **Brauchtumsveranstaltungen** bestimmt sind;

Schusswaffen, für die eine **Erlaubnis nach § 10 IV WaffG** erforderlich ist (Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen);

Spielzeug das 50% größer oder kleiner als eine entsprechende Feuerwaffe ist (Anlage 1, Abschnitt 1, UA 1 Ziff. 1.6.3 Satz 2 und 3).

5.5 Tragbare Gegenstände



Die Tragbaren Gegenstände sind unterteilt in die Waffen im technischen Sinn und diejenigen im nichttechnischen Sinn (§ 1 Abs 2 Ziff. 2a und b WaffG). Diese werden vom WaffG nur erfasst, wenn sie darin auch genannt werden.

5.5.1 nach § 1 Abs. 2 Ziff. 2a WaffG – Waffen im technischen Sinne

Die tragbaren Gegenstände nach § 1 Abs 2 Ziff. 2a WaffG werden in der Anlage 1, Abschnitt 2, UA 2 Nr. 1 aufgezählt.

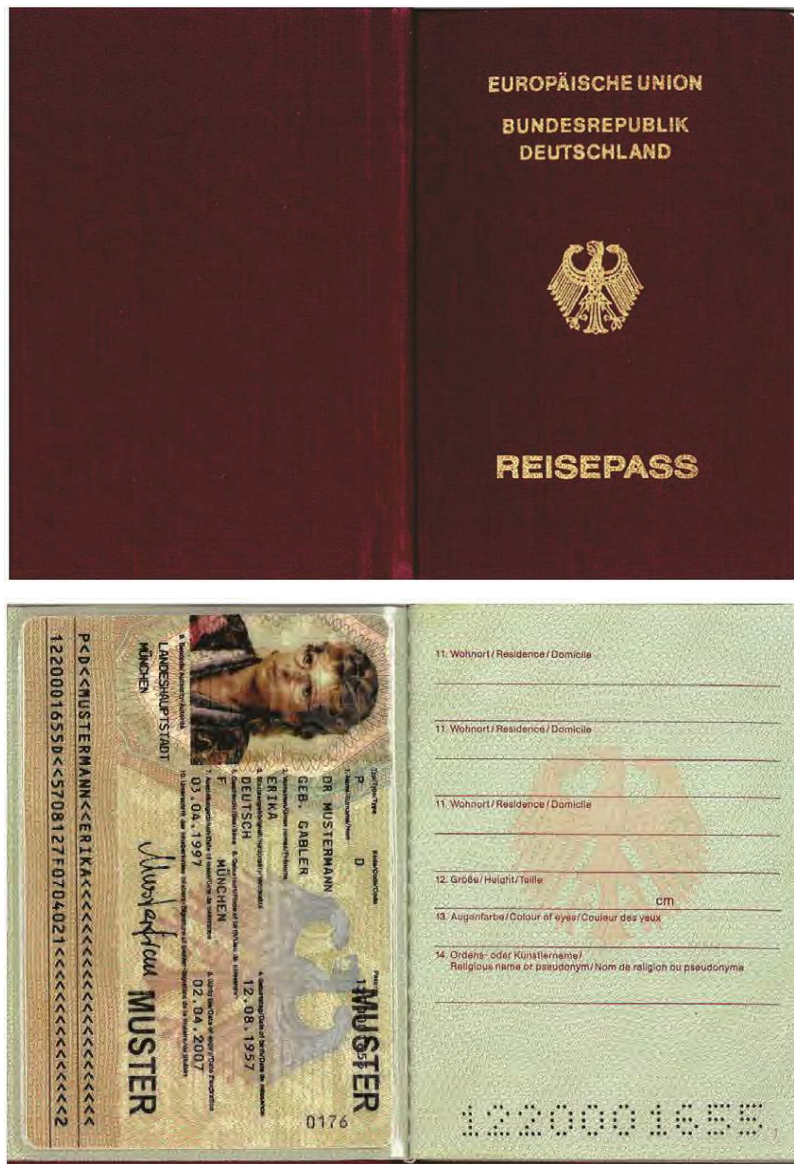
Einweisung bezüglich verschiedener Ausweispapiere

von

Hilmar Schelhorn
Justizsicherheitshauptsekretär
Nebenamtlicher Ausbilder an der
Bayerischen Justizakademie Pegnitz

2.2 REISEPASS (ePass)

Der Reisepass für deutsche Staatsangehörige wird von der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben. Die Rechtsgrundlage hierfür ergibt sich aus dem Passgesetz. Gemäß § 1 Abs. 2 PassG stehen folgende Versionen des Passes zur Verfügung:



Der Reisepass (ePass) besteht aus einem bordeauxroten Umschlagdeckel mit goldfarbener Prägung, den eigentlichen Inhaltsseiten (32 Seiten – auf Wunsch 48 Seiten) und der Datenseite, die die persönlichen Daten des Antragstellers enthält. Im Falle des deutschen Passes ist die Datenseite eine Kunststoffkarte (Reisepasskarte), in der sich das Papier-Inlett wie auch das Identigram-Merkmal befinden.

Das biometrische Lichtbild muss eine Frontalaufnahme nach internationalen Standards sein. Der Reisepass ist Eigentum der Bundesrepublik Deutschland.

Seit dem 1. November 2005 ist der elektronische Reisepass mit Chip (ePass) der neue reguläre Reisepass.

Seit 1. November 2007 werden in den neuen Pässen zusätzlich die Abdruckbilder von zwei Fingern in den Chips gespeichert. Seit diesem Datum wird der ePass im Regelfall auch für Personen ab dem 12. Lebensjahr ausgestellt. Auf Wunsch der Eltern kann auch für Kinder unter 12 Jahren ein ePass beantragt werden. Bei Kindern unter 6 Jahren werden jedoch keine Fingerabdrücke erfasst. Kindereintragungen im Pass eines Elternteils haben ihre Gültigkeit am 26.06.2012 verloren. Das Feld „Ordens- oder Künstlername“ entfiel mit der Neuregelung 2007 ersatzlos. Aufgrund von Interventionen der katholischen Kirche wie auch von Künstlerverbänden gegenüber dem Innenministerium wurde dieses Feld bei der Neufassung des PAuswG 2008 wieder eingeführt. Die EU-Amtssprachen Rumänisch und Bulgarisch wurden in den Pass aufgenommen. Auf der letzten Vorsatzseite steht eine Art Bedienungsanleitung in Deutsch, Englisch und Französisch. Die Seriennummern bestehen seit 2008 aus alphanumerischen Kombinationen. Diese setzen sich zusammen aus der vierstelligen Behördenkennzahl (alphanumerisch), einer beliebigen fünfstelligen alphanumerischen Passnummer (ZAP), gefolgt von einer Prüfziffer.

Bei nachvollziehbarer Begründung können ein Zweitpass und auch ein Drittpass beantragt werden (z.B. bei Reisen in arabische Länder oder für Journalisten). Nach den deutschen Vorschriften ist im Extremfall die Ausstellung von bis zu zehn gültigen Reisepässen gleichzeitig möglich, allerdings haben die zusätzlichen Pässe eine Gültigkeit von nur maximal sechs Jahren.

Der Reisepass mit digital gespeicherten biometrischen Daten soll die Sicherheit des Dokumentes gegen Fälschung, Verfälschung und Missbrauch erhöhen. Diese Begründung ist allerdings umstritten. Auf eine Anfrage im Bundestag wurde geantwortet, dass zwischen 2001 und 2006, also zu Zeiten des Reisepasses ohne digital gespeicherte biometrische Daten, nur sechs Fälschungen und 344

Verfälschungen von deutschen Reisepässen festgestellt wurden. Kein ge- oder verfälschter deutscher Reisepass wurde in diesem Zeitraum bei terroristischen Anschlägen oder deren Vorbereitung genutzt.

3.2.1 KINDERREISEPASS

Bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres kann für Kinder ein bordeauxroter Kinderreisepass ohne elektronischen Chip beantragt werden. Der frühere Kinderausweis wird seit 1. Januar 2006 nicht mehr ausgestellt bzw. verlängert. Seit dem 1. November 2007 können Kinder nicht mehr in den Reisepass ihrer Eltern eingetragen werden. Es ist jedoch möglich, für Kinder einen eigenen Personalausweis (für Reisen innerhalb der EU) zu beantragen. Das biometrische Lichtbild (auch bei Neugeborenen) muss ebenfalls eine Frontalaufnahme entsprechend den internationalen Standards sein; allerdings sind die Anforderungen hier nicht so streng wie bei Erwachsenen.

3.2.2 VORLÄUFIGER REISEPASS

Der Vorläufige Reisepass ist ein nationaler Pass. Er hat einen grünen Umschlagdeckel und keine Kunststoff-Passkarte. Seit Januar 2006 wird der Vorläufige Reisepass gemäß den Mindestsicherheitsstandards der EU ausgestellt. Er enthält einen fälschungsgesicherten Aufkleber mit den Daten des Passinhabers und ist maschinenlesbar. Dieser Aufkleber stellt die Datenseite dar und enthält im Gegensatz zum regulären Reisepass die Beschriftung „Reisepass“. Üblicherweise wird der Vorläufige Reisepass nur noch dann ausgestellt, wenn der Passbewerber sofort einen Pass benötigt und die Ausstellung eines regulären Passes nicht bis zum Zeitpunkt des erstmaligen Gebrauchs möglich ist. Außerdem muss mit dem vorläufigen Reisepass ein ePass beantragt werden. Die Passbehörden können die Vorlage von geeigneten Nachweisen (z.B. Flugtickets für eine kurzfristig anstehende Reise) verlangen. Das biometrische Lichtbild muss ebenfalls eine Frontalaufnahme entsprechend den internationalen Standards sein.

Der VORLÄUFIGE REISEPASS kann grundsätzlich sofort von der zuständigen Passbehörde ausgestellt werden.

Zustellungsrecht

von

Sven Schultze
Justizverwaltungsamtsrat
Ausbildungsleiter für den Gerichtsvollzieherdienst
Oberlandesgericht München

1. Allgemeines

1.1 Definition:

§ 166 Absatz 1 ZPO

Zustellung

Zustellung ist die Bekanntgabe eines Dokuments an eine Person in der in diesem Titel bestimmten Form.

1.2 Erklärung der Begriffe:

„Bekanntgabe“:

bedeutet nicht die tatsächliche, vollinhaltliche Kenntnisnahme des Dokuments, sondern lediglich die Möglichkeit dazu

„Dokument“:

Schriftstück, Urkunde, Datei (z.B. Schriftsätze, Ladungen, Urteile, Beschlüsse, ...)

„eine Person“:

Zustellungsadressat, die Person, die von dem Inhalt des Dokuments Kenntnis nehmen soll

„in der in diesem Titel bestimmten Form“:

nach den nachfolgenden Vorschriften (§§ 167 – 195 ZPO)

1.3 Zweck:

Durch die Zustellung soll(en)

- dem Gegner bestimmte Prozesshandlungen zur Kenntnis gebracht werden (z.B. Klage, Termine, ...),
- Fristen in Lauf gesetzt werden (z.B. Ladungsfristen, Rechtsmittelfristen, Wartefristen, ...),
- das Grundrecht des rechtlichen Gehörs (Artikel 103 GG) gewahrt werden,

1.4 Beteiligte:

Bei der Zustellung sind folgende Personen beteiligt:

Zustellungsveranlasser:

ist die Person, zu dessen Gunsten die Zustellung erfolgen soll, also die Person, die den Auftrag zur Zustellung erteilt (= Auftraggeber).

Zustellungsadressat:

ist die Person, an die zugestellt werden soll, die das Schriftstück erhalten und vom Inhalt Kenntnis nehmen soll.

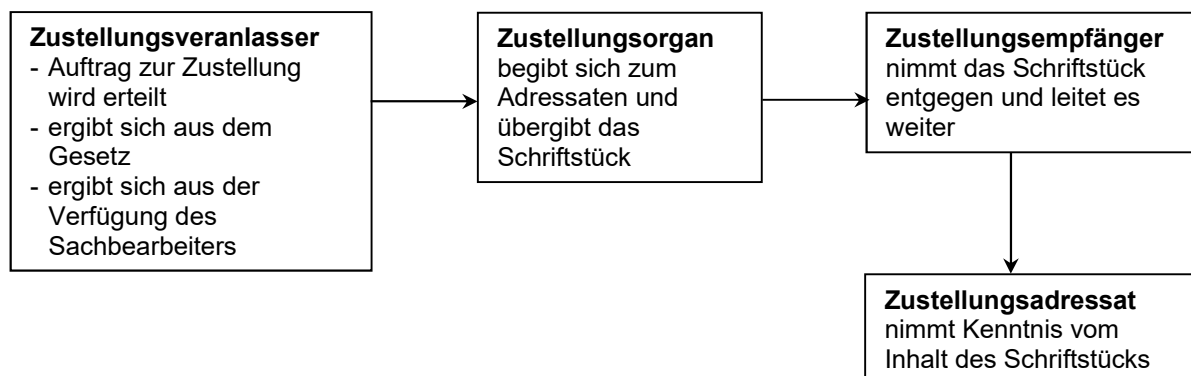
Zustellungsempfänger:

ist die Person, der das Schriftstück tatsächlich ausgehändigt wird, es kann sich hierbei um den Zustellungsadressaten selbst handeln oder um einen Ersatzzustellungsempfänger.

Zustellungsorgan:

ist die Person, die die Zustellung ausführt, also die Person, die das Schriftstück zum Beispiel dem Zustellungsempfänger übergibt. Es kommen folgende Zustellungsorgane in Betracht:

- Geschäftsstelle
- Justizbediensteter (z.B. Justizwachtmeister)
- Post
- Gerichtsvollzieher



1.5 Arten der Zustellung:

Es wird unterschieden in:

Zustellung (§ 6 GAbRZwins)	
von Amts wegen	auf Betreiben der Parteien (Parteizustellung, im Parteibetrieb)
§ 166 Absatz 2 ZPO Dokumente, deren Zustellung vorgeschrieben oder vom Gericht angeordnet ist, sind von Amts wegen zuzustellen, soweit nichts anderes bestimmt ist.	§ 191 ZPO Ist eine Zustellung auf Betreiben der Parteien zugelassen oder vorgeschrieben, finden die Vorschriften über die Zustellung von Amts wegen entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Vorschriften Abweichungen ergeben.
Zuständig für die Bewirkung der Zustellung ist	
die Geschäftsstelle durch den Urkundsbeamten (§ 7 Absatz 1 Satz 1 GAbRZwins)	der Gerichtsvollzieher
§ 168 Absatz 1 Satz 1 ZPO Die Geschäftsstelle führt die Zustellung nach (...) aus.	§ 192 Satz 1 ZPO Die von den Parteien zu betreibenden Zustellungen erfolgen unbeschadet der Zustellung im Ausland nach (§ 183) durch den Gerichtsvollzieher (...)

Merke:

Zustellungen von Amts wegen und auf Betreiben der Parteien schließen sich gegenseitig grundsätzlich aus!⁷⁹

Ist ein Dokument von Amts wegen zuzustellen, so wäre eine Parteizustellung unwirksam und ist eine Parteizustellung vorgeschrieben, so wäre die Zustellung von Amts wegen unwirksam.

⁷⁹ Ausnahme: Zustellung von Vollstreckungsbescheiden, § 699 Absatz 4 Satz 1, 2 ZPO, Zustellung von Anwalt zu Anwalt, § 195 Absatz 1 Satz 2 ZPO, Zustellungen zur Einleitung der Zwangsvollstreckung, § 750 Absatz 1 Satz 2 ZPO

2. Zustellung von Amts wegen

2.1 Aufgaben der Geschäftsstelle:

§ 168 Absatz 1 ZPO

Aufgaben der Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle führt die Zustellung nach §§ 173 bis 176 Absatz 1 aus. Sie kann einen nach § 33 Abs. 1 des Postgesetzes beliehenen Unternehmer (Post) oder einen Justizbediensteten mit der Ausführung der Zustellung beauftragen. Den Auftrag an die Post erteilt die Geschäftsstelle auf dem dafür vorgesehenen Vordruck⁸⁰.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle (§ 153 GVG) hat

- die Zustellung
 - in Zivilsachen auf Grund eigener Prüfung zu veranlassen (einer besonderen Anordnung des Richters oder Rechtspflegers bedarf es nicht), § 7 Absatz 1 Satz 2 GAbRZWlIns,
 - in Strafsachen⁸¹ und im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit⁸² auf Anordnung (Verfügung) durchzuführen,
- die Art der Zustellung zu wählen, § 9 Absatz 3, 5 GAbRZWlIns,
- das zu übergebende Schriftstück / Dokument in der erforderlichen Form herzustellen⁸³, § 10 Absatz 1 Satz 1 GAbRZWlIns,
- die Durchführung der Zustellung und den Eingang des Zustellungsnachweises zu überwachen, § 7 Absatz 2 Satz 1 GAbRZWlIns,
- die Zustellung auf die Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen, (§ 7 Absatz 2 Satz 2 GAbRZWlIns).

⁸⁰ Mit der Zustellungsvordruckverordnung – ZustVV wurden hierfür einheitliche Vordrucke eingeführt, vgl. Anlagen 1 bis 4

⁸¹ Nr. 1.1 ZuMSt i.V.m. § 36 Absatz 1 StPO

⁸² Freiwillige Gerichtsbarkeit sind z.B. die Abteilungen: Familien-, Betreuungs-, Registergericht, Grundbuchamt

⁸³ Ausfertigung, beglaubigte Abschrift, einfache Abschrift

Für die Durchführung der Zustellung im Inland⁸⁴ hat der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle folgende Möglichkeiten:

selbst ausführen § 168 Absatz 1 Satz 1 ZPO	beauftragen § 168 Absatz 1 Satz 2 ZPO
Zustellung von elektronischen Dokumenten § 173 ZPO	Post (gem. § 33 PostG beliehenes Unternehmen) §§ 14, 15 GAbRZWlIns
Zustellung durch Aushändigung an der Amtsstelle § 174 ZPO, § 18 GAbRZWlIns	
Zustellung von Schriftstücken gegen Empfangsbekenntnis § 175 ZPO, § 19 GAbRZWlIns	Justizbedienstete (Richter, Beamte, Angestellte, Justizwachtmeister gem. Ziff. 4.1.2 Aufg.JWD) § 14 GAbRZWlIns
Zustellung durch Einschreiben mit Rückschein § 176 ZPO	

2.2 Weitere Zustellungsmöglichkeiten:

Zustellung durch den Gerichtsvollzieher oder einer anderen Behörde:

§ 168 Absatz 2 ZPO
Der Vorsitzende des Prozessgerichts oder ein von ihm bestimmtes Mitglied können einen Gerichtsvollzieher oder eine andere Behörde mit der Ausführung der Zustellung beauftragen, wenn eine Zustellung nach Absatz 1 keinen Erfolg verspricht.

Auch ein Gerichtsvollzieher oder eine andere Behörde⁸⁵ (z.B. Wasserschutzpolizei) kann mit der Ausführung der Zustellung von Amts wegen beauftragt werden. Die Beauftragung erfolgt durch den „Sachbearbeiter“, dies kann der Richter, Staatsanwalt oder auch der Rechtspfleger sein. Der Sachbearbeiter verfügt die Zustellung und der Urkundsbeamte bereitet den Zustellungsauftrag vor.

⁸⁴ §§ 8, 9 Absatz 5 GAbRZWlIns

⁸⁵ § 9 Absatz 2, § 17 GAbRZWlIns

Überblick über Gerichtsabteilungen AktO/AGO

von

Thomas Semba
Justizfachwirt
Hauptamtliche Lehrkraft an der
Bayerischen Justizakademie

1. Warum Überblick über Gerichtsabteilungen, AktO/AGO in der Ausbildung des Justizwachtmeisterdienstes?

Im Rahmen seiner vielfältigen Dienstaufgaben ist der Justizwachtmeister sehr oft erster Ansprechpartner des Bürgers. Hierbei gilt es die dabei erlangten Informationen zu filtern und einzuordnen, damit die Bürgerinnen und Bürger zielgerichtet und ohne Umwege zu der für ihre Anliegen zuständige Abteilung gelangen können.

Eine weitere Kernaufgabe des Justizwachtmeisterdienstes ist die Abwicklung des Postein- und Postausgangs bei den Justizbehörden. Hierbei sind die einschlägigen Vorschriften der Allgemeinen Geschäftsordnung zu beachten, die ebenfalls in diesem Teil behandelt werden.

Daneben ist aber auch der Aktenumlauf in den jeweiligen Abteilungen zu bewältigen. Noch passiert dies überwiegend mit Akten in Papierform, dies wird sich aber in absehbarer Zeit ändern, wenn die Justiz flächendeckend die elektronische Aktenführung eingeführt hat. Bis dahin und selbstverständlich auch danach, wird es auch für den Justizwachtmeisterdienst unerlässlich sein, die allgemeinen Vorschriften über die Verwaltung des Schriftguts gemäß der Aktenordnung zu kennen.

2. Aufbau dieses Lehrbuchteils

Der Aufbau und die inhaltliche Darstellung dieses Teils erfolgt aus didaktischen Gründen meinem Unterricht an der Bayerischen Justizakademie. Damit möchte ich den Nachwuchskräften die Vor- und Nachbereitung des Unterrichtsstoffes erleichtern und ein noch tieferes Verständnis für die einzelnen Themen erzeugen.

Im Teil Überblick über Gerichtsabteilungen habe ich am Ende der jeweiligen Gerichtsabteilung eine Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte angefügt und hierbei ein besonderes Augenmerk auf den Praxisbezug gelegt.

Sicherlich ist es eine Binsenweisheit theoretische Lern- und Lehrinhalte als „grau“ zu bezeichnen. Aber hinter derartigen Formulierungen verbirgt sich immer auch ein wahrer Kern. Um hier etwas Abwechslung ins Spiel zu bringen und die Theorie

greifbarer und verständlicher zu machen, habe ich Beispielfälle eingearbeitet. Gerade im Hinblick auf die vermittelnden Inhalte in den Bereichen Aktenordnung und Allgemeine Geschäftsordnung halte ich dies für zwingend notwendig.

3. Aufbau und Gliederung der Gerichtsbarkeiten

Da nicht jedes Gericht über alle rechtlichen Problem- und Streitfälle entscheiden kann und darf, unterscheiden wir in Deutschland fünf selbständige Gerichtsbarkeiten:

- Ordentliche Gerichtsbarkeit
- Arbeitsgerichtsbarkeit
- Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Finanzgerichtsbarkeit
- Sozialgerichtsbarkeit

Zu jeder der Gerichtsbarkeiten gibt es einen obersten Gerichtshof des Bundes. Dieser oberste Gerichtshof ist die jeweils höchste Instanz der Gerichtsbarkeit. Es existieren viele weitere Gerichte auf Landesebene.

In sämtlichen Gerichtsbarkeiten sind nicht nur Berufsrichterinnen und Berufsrichter, sondern auch ehrenamtliche Richterinnen und Richter tätig. Sie haben bei der Urteilsfindung wie der Berufsrichter das volle Stimmrecht.

Durch die untenstehende Übersicht können Sie sich hierüber einen Überblick verschaffen. Wir konzentrieren uns aber im Folgenden auf die ordentliche Gerichtsbarkeit und betrachten hierzu erst einmal die Ausführungen der §§ 12 und 13 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz).

Ordentliche Gerichtsbarkeit	Verwaltungsgerichtsbarkeit	Finanzgerichtsbarkeit	Arbeitsgerichtsbarkeit	Sozialgerichtsbarkeit
§§ 12, 13 GVG	(§ 40 VwGO)	(§ 33 FGO)	(§ 2 ArbGG)	(§ 51 SGG)
Alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	Alle öffentlich-rechtlichen und nicht verfassungsrechtlichen Streitigkeiten	Alle öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten über Abgabeangelegenheiten (Bundesrecht)	Streitigkeiten der Tarifvertragsparteien Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern	Streitigkeiten bezüglich der Sozialversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung etc.
Familiensachen				
Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit				
Strafsachen				

Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch **Amtsgerichte**, **Landgerichte**, **Oberlandesgerichte** und durch den **Bundesgerichtshof** (den obersten Gerichtshof des Bundes für das Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit) ausgeübt.

Vor die ordentlichen Gerichte gehören **die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten**, die **Familiensachen** und die **Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit** (Zivilsachen) sowie die **Strafsachen**.

Ordentliche Gerichtsbarkeit, §§ 12, 13 GVG

Oberlandesgericht			
Zivilsenate		Strafsenate	
Landgericht			
Zivilkammern		Strafkammern	
Amtsgericht			
Zivilgerichtsbarkeit/ streitige Gerichtsbarkeit	Familiensachen	Freiwillige Gerichtsbarkeit	Strafgerichts- barkeit
<ul style="list-style-type: none">■ Abteilung für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten■ Vollstreckungsgericht■ Insolvenzgericht	<ul style="list-style-type: none">■ Familiengericht	<ul style="list-style-type: none">■ Betreuungsgericht■ Grundbuchamt■ Registergericht■ Nachlassgericht	<ul style="list-style-type: none">■ Abteilung für Strafsachen

4. Die Abteilungen innerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit

4.1 Abteilung für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten

Verträge sind zwar grundsätzlich einzuhalten, werden aber oftmals von den Vertragsparteien unterschiedlich interpretiert. Nicht selten kommt es daher vor, dass die Zivilgerichtsbarkeit angerufen wird, um zu entscheiden, was nun „rechtens“ ist.

Die vier häufigsten Beispiele für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten:

- Mietstreitigkeiten (z.B. Räumungsklage)
- Verkehrsunfallsachen (z.B. Klage auf Schadensersatz und/oder Schmerzensgeld)
- Nachbarschaftsstreitigkeiten (z.B. Klage auf Unterlassung von Lärmbelästigung)
- Streitigkeiten aus Kaufverträgen (z.B. Klage auf Bezahlung des Kaufpreises)

EXKURS:

Im Zivilprozessrecht bestehen eine Reihe von Verfahrensgrundsätzen, die in verschiedenen Einzelregelungen der Zivilprozessordnung definiert werden. Als Verfahrensgrundsätze, die auch als "Prozessmaxime" bezeichnet werden, gelten:

• Dispositionsgrundsatz	Die Parteien bestimmen über den Beginn, den Gegenstand und das Ende des Prozesses
• Verhandlungs- oder Beibringungsgrundsatz	Die Parteien allein sind grundsätzlich für die Beibringung der erforderlichen Beweismittel verantwortlich
• Rechtliches Gehör, Art. 103 Abs. 1 GG	Anhörung beider Parteien vor Erlass einer Entscheidung
• Öffentlichkeitsgrundsatz; § 169 GVG	Verhandlungen vor dem erkennenden Gericht einschl. Verkündung der Entscheidungen sind öffentlich.

Motivation

12 Psychologische Tricks für mehr Motivation zum Lernen

von

Thomas Semba

Justizfachwirt

Hauptamtliche Lehrkraft an der
Bayerischen Justizakademie

Mit der Motivation ist das so eine Sache. Eigentlich möchte man schon lernen und gute Klausuren schreiben. Aber im stressigen Alltag vergeht einem die Lust aufs Lernen schon recht schnell. Hinzu kommt, dass man während des Lehrgangs auch nicht von privaten Problemen verschont bleiben kann. Damit sind sie nicht allein, diese Probleme kennen die meisten von uns. Ich möchte Ihnen in diesem Teil des Lehrbuches kleine psychologische Tricks vermitteln, die Ihnen helfen können, solche Täler der Motivation zu durchschreiten und wieder den sprichwörtlichen Gipfel der Motivation zu erklimmen.

Schon bei der ersten Betrachtung einer Aufgabe produzieren wir unbewusst Gefühle. Je nachdem, wie erfolgreich wir in der Vergangenheit derartige Aufgaben gemeistert haben, bringen wir mehr oder weniger Selbstvertrauen dafür mit. Aus einer Gefühlslage früherer Misserfolge heraus produzieren wir Kraft unserer eigenen Gefühle sehr ungünstige Bedingungen um erfolgreich zu lernen. Besonders gut sind wir dann, wenn wir mit positiven Gefühlen an unsere Aufgaben herangehen können. Das klingt jetzt alles sehr nach einer Binsenweisheit, aber wie bei den guten Ratschlägen von Eltern oder Großeltern, die auch ich früher nicht immer annehmen konnte, liegt viel Wahrheit darin. Wem es gelingt, positiv zu denken und den privaten Stress einmal hinter sich zu lassen, der kann erfolgreich lernen.

Wie kann ich mich zum Lernen motivieren?

Wenn Sie an diesem Punkt sind und erkannt haben, dass Sie lernen wollen und sich die dafür aufgewendete Zeit wirklich lohnt, haben Sie die größte Hürde bereits überwunden. Nun geht es für Sie darum, endlich loszulegen!

Hierfür gebe ich Ihnen 12 psychologische Tricks an die Hand.